

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern u. Umgegend. Amtliches Organ des Amtsgerichts, Magistrats u. der Polizeiverwaltung zu Teuchern.

Anzeigenpreis: Die sechsgelbete Korpuszelle 5 Pfg., im amtlichen Teil 15 Pfg., Reklameszelle 10 Pfg. — Vorstehende Friedenspreise werden multipliziert mit der jeweiligen Buchhändler-Schlüsselzahl erhoben. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeiterstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Ergeht wöchentlich dreimal, und zwar Montag, Mittwoch u. Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag. Höhere Gewalt entbindet von Lieferung, Nachlieferung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.

Verbreitungsbezirk: Teuchern, Gröben, Runtbal, Ruhndorf, Ober- u. Untereichen, Trebnitz, Deuben, Wildschütz, Ludekau, Schortau, Schellau, Lagnitz, Bonau, Ober-



Bezugspreis bis 13. Okt.: durch unsere Geschäftsstelle M. 14 800 000, von unseren Boten ins Haus gebracht M. 15000 000, bei den Postanstalten M. 15 000 000 ohne Zustellung, Einzelnummer M. 3000 000. Zeitungsbestellungen werden außer in der Geschäftsstelle, Zeiterstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen. Fernsprecher Nr. 389. — Postfachkonto Leipzig Nr. 34 618. — Bankkonto: Gewerbebank Teuchern und Stadt-Girokasse Teuchern.

und Unterlaka, Kröfzulin, Reußen, Zschendorf, Krauschwitz, Kostplatz, Ritz Ober- und Unteressa, Köfzulin, Wernsdorf, Dippelsdorf, Zembfchen und Pri-

Dienstag, den 9. Oktober 1923.

№ 119

62. Jahrgang.

Das Wichtigste.

Der Reichsrat hat dem Ermächtigungsgesetz mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zugestimmt.

In die sächsische Regierung treten zwei Kommunisten ein.

Der Reichsverband des Ruhrgebiets hat die achtstündige Arbeitszeit im Ruhrbergbau eingeführt.

Türkische Truppen haben in Konstantinopel feierlich Einzug gehalten.

Parlamentarismus und Verfassung.

In seiner von Beredsamkeit getragenen Sonnabendrede hat der Reichskanzler Dr. Stresemann einige Punkte unserer Innenpolitik berührt, die zum Nachdenken auffordern. Gegen die Begründung des Ermächtigungsgesetzes werden Politiker, die ernstgenommen sein wollen, nichts einzuwenden haben, zumal da die schwüle Atmosphäre der allgemeinen Unruhe im Lande durch die Behebung der Kabinettskrise keineswegs frischer Luft gewichtet ist. Die Schwüle hält an: seit fünf Wochen ist der Dollar um das Hundertfache seiner Markbewertung gestiegen und damit die Trostlosigkeit der Lebenshaltung noch trostloser geworden. Wer jetzt die Beseitigung der sogenannten Mißtätdiktaturen fordert, verkennt entweder die Gefährlichkeit der Lage oder will freie Bahn dem tüchtigsten Revolutionär geben. Aber was bedeutet ein durch einen Ausnahmezustand vorbereitetes Ermächtigungsgesetz? Doch wohl in erster Linie das Eingeständnis, daß die in der Verfassung gewährleisteten Freiheiten diesen Freiheiten selbst heute gefährlich geworden sind und einstweilen suspendiert werden müssen, gemäß den in der Verfassung vorgesehenen vorbeugenden Bestimmungen. Die auf Grund des Artikels 48 der Verfassung verfügten Maßnahmen sind zwar auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß der Parlamentarismus allein zurzeit nicht imstande ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen, und ein Nototium nachgesucht hat. Wer den Vergleich in kaufmännischer Sinne weiter ausspinnen will, tut es auf die Gefahr hin, das Reizen von Blütenkränzen empfindlich zu stören. Daß sich sogar die Sozialdemokratie mit der Aufhebung wichtiger Verfassungsartikel einverstanden erklärt, gibt einen Fingerzeig dafür, welche Leistung sie der parlamentarischen Gesetzgebungsmaschine zuträut. Verzweifelt wenig. Denn früher würde sie dieses Selbststaischalten des Parlaments als Bankrott oder als genuiberten Despotismus bezeichnet haben. Durch ihre Mitwirkung an der Regierung und die Möglichkeit, deren Maßnahmen nachträglich einer Prüfung zu unterziehen, wird zwar die Handhabung des Ermächtigungsgesetzes erleichtert, aber nur einigermassen. Stellen sich Meinungsverschiedenheiten heraus, und es geht hart auf hart, dann ist

die Große Koalition wiederum gefährdet, und die Vorgänge der ersten Oktoberwoche erfahren unfriedliche Urständ. Deshalb wollen ihr Schwarzseher auch nur Kurzlebigkeit zubilligen, und weil des Kanzlers Konto mit dem von der Sozialdemokratie schwer zu verschmerzenden Verlust Hilferdings belastet erscheint, ist diese Ansicht nicht ganz von der Hand zu weisen.

Alles in allem genommen hat der neudeutsche Parlamentarismus die Probe seiner Leistungsfähigkeit recht unbefriedigend bestanden, und das mag u. a. die Wahlenwahl verschuldet haben, die einerseits den Vorzug besitzt, auch Minderheiten zum Wort zu verstaten, andererseits die lebendige Fühlungnahme zwischen Wählern und Gewählten unerträglich erschwert, so daß der Urne oft nur einer fernen Zentrale bekannte Größen entsteigen. Auch bietet der Wegfall von Nachwahlen den Nachteil, daß ein seit der Hauptwahl eingetretener Stimmungswandel der Wählerschaft nicht mehr zum Ausdruck gelangen kann, ein dem Wesen des Parlamentarismus als einem Spiegelbild der Volksmeinung abträglicher Umstand. Wenn hier der Hebel zu Reformen angelegt würde, könnte dies das Ansehen der Volksvertretung nur fördern. Es handelte sich dabei nicht um Aenderung von Verfassungsgrundsätzen, sondern von Formen, allerdings nicht nebensächlicher Art.

Um mehr als um Form geht es bei dem vom Reichskanzler verkündigten Plan, die einzelnen Länder finanziell wieder selbständiger zu stellen, d. h. die Verfassung soll einer grundlegenden Aenderung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Kommunen unterzogen werden. Was frühere Finanzpolitiker, wie z. B. Erzberger, durch Verminderung der Verantwortlichkeit der Länder für ihre eigenen Ausgaben gesündigt haben, bis der Finanzwurm alle Grenzen überstieg, soll einer Revision teilhaftig werden, um das Reich auf seine eigenen Ausgaben beschränken zu können. Was die Kommunen unter der heutigen Steuergesetzgebung, die sie zu Kostgängern des Reiches machte, gelitten haben, weiß jedes Kind in Stadt und Land, und für die Neueinrichtung der Abgabeverwaltung der Länder wird Artikel 84 der Verfassung aufs Korn genommen werden müssen. Es hat lange genug gedauert, bis die Reichsregierung erkannte, daß die Reichsverbrossenheit einen bedrohlichen Umfang erreicht hat; mit Gesetzesfickarbeit war ihr nicht mehr beizukommen; die Zeichen, daß der Paragrafenkitt das Auseinanderbrechen der Länder nicht verhindern konnte, mehrten sich in bedenklicher Weise, und so mußte man sich zu einer Verfassungsänderung in großem Stil entschließen. Dabei ist in den Kauf zu nehmen, daß sich partikularistische und föderalistische Neigungen regen könnten; Sie wären als Reaktion gegen den Verlust jener Selbständigkeit einzuschätzen, die von der Bismarckschen Verfassung den ehemaligen Bundesstaaten gewährleistet war. Da indessen die Reichstreue der Länder bisher allen Anfechtungen widerstanden hat, wird die Vermehrung der Befugnisse auf dem Gebiet der finanziellen Selbstverwaltung kein Unheil anrichten,

und wenn es der Sozialdemokratie ernstlich ist, der Reichsfinanznot einen Kiegel vorzuwerfen, auch dem von ihr verkehrten Bayern die seiner Finanzgebarung nicht verweigern dürft, und Thüringen genießen soll. Das kann sie bewerkstelligen, als einer aus ihrem Lager, der Reichsminister Hilferding, wie der Kanzler hat einzuweisen lassen, die Anregung zu dieser Finanzreform gegeben hat; augenscheinlich „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“. Und diese Not ist auch die Dominante der Verhandlungen die von den Parteien über die Erklärung der Reichsregierung geführt werden.

Sitzungsbericht des Reichstages.

Der Reichstag trat am Montag mittag zur Besprechung der Regierungserklärung zusammen. Als erster Redner wies Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) darauf hin, daß die Krise der letzten Woche völlig überraschend gekommen sei. Noch niemals sei das Parlament in einer so unverantwortlichen Weise mit einer Krise überfallen worden. Die Urheber dieses Vorkalles müssen noch festgestellt werden. Wir stehen diesem Kabinett mit ganz anderen Empfindungen gegenüber als vor einer Woche. Wir billigen die Aufgabe des passiven Widerstandes, weil er finanziell nicht mehr zu tragen war. Das Kabinett Cuno trifft den schweren Vorwurf, daß es das deutsche Volk über die Katastrophen im Dunkeln gehalten hat. Die Regierung Cuno hat auf den lieben Gott und England gehofft und die Hände in den Schoß gelegt. Die aus der Staatskasse überdiesenen Mittel wurden von gewissen Kreisen zum Kampfe gegen das deutsche Volk und die deutsche Währung verwendet. (Unruhe rechts. Zuruf des Abg. Dr. Helfferich: Namen und Beweise!) Dieselben Kreise hätten vorher zur Sabotage der neuen Steuern aufgefordert. Die Deutschnationalen seien immer nur bereit gewesen, die Opfer der anderen zu bringen.

Von deutschnationaler Seite wird der Bruch mit Frankreich mit allen Konsequenzen verlangt. Welches sind die Konsequenzen? Sie (nach rechts) sollten offen sagen: Krieg mit Frankreich. Bestenfalls würde es sich um einen heroischen Wahnsinn handeln. Wir erklären gegenüber den Plänen Poincarés mit aller Schärfe, daß die Rheinlande deutsches Land sind und deutsches Land bleiben müssen. (Beifall.) Der Redner wendet sich dann gegen die vom Reichswehrminister aus Anlaß des Rüstener Putches verhängte Pressensur. In Bayern ist einstweilen der schwarz-weiß-rote Keufel durch den weiß-blauen Beelzebub ausgetrieben worden. Hitler und Raß sind gefährliche Feinde der Republik. Die bayerischen Ausnahmeverordnungen haben einen skandalösen, völlig unerträglichen Zustand geschaffen, der nicht nur von den Kommunisten, sondern von allen, die auf dem Boden der Republik stehen, bekämpft werden muß. Die Frage Reich und Bayern ist eine Machtfrage. Die Regierung darf dem unvermeidlichen Konflikt nicht ausweichen. Der Redner verteidigt das Parlament gegen den Vorwurf, daß es zu wenig praktische Arbeit leistet. Zu empfehlen sei nicht eine Diktatur einer einzelnen Person, sondern lieber eine Diktatur des

zu tun wird die erste in Sachsen Reichs-



Parlaments. Der Sprecher erklärt, daß seine Partei an dem 14. Oktober nicht teilzunehmen lasse und zum Kampf mit denjenigen gerüstet sei, die die Sozialdemokratie aus der Regierung drängen wollten.

Abg. Dr. Bell (Zentr.) spricht von bitteren Erfahrungen, die seine Partei in der letzten Woche gesammelt habe. Der Reichstag habe in dieser Krisis den Befähigungsnachweis wirklich nicht erbracht. (Zustimmung.) In entscheidungsvollen Augenblicken sei er nicht auf der Höhe gewesen. Gerade die Wirtschaftskreise sollten mit ihrer Kritik zurückhalten. Leider hat sich unser altes Erbteil, daß sich der Parteizwist gerade in den allerhöchsten und fürchtbarsten Zeiten hervorbringt, auch diesmal wieder gezeigt.

Die Verhandlungen zwischen Degoutte und den Ruhrindustriellen.

Havas bestätigt die Nachricht der „Chicago Tribune“, daß General Degoutte die Industriellen Stinnes, Altkamer, Bögeler und den Bergwerksdirektor von Welsen empfangen hat. Im Hause der Unterredung seien die Bedingungen über die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiederherstellung eines durchsichtigen Modus über die Sachlieferungen durchgeprochen worden.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ meldet über die Verhandlung der Ruhrindustriellen mit General Degoutte, als man die Ruhrindustriellen gefragt habe, um ihre Ansichten hinsichtlich der Sachlieferungen und der Zahlung der Steuern, namentlich der Kohlensteuer, kennen zu lernen, hätten sie grundsätzlich die Zahlung der Steuer nicht verworfen, aber sie hätten den zu hohen Steuersatz kritisiert. Sie hätten erklärt, sie könnten sich nicht verpflichten, die Lieferungen wieder aufzunehmen, ohne sicher zu sein, daß die deutsche Regierung sie bezahlen werde. Nach gewissen Auskünften, die man in Brüssel erhalten habe, könne man zu einer Verständigung gelangen, indem man zuerst die glatte Wiederaufnahme der Sachlieferungen fordere und alsdann den Industriellen gestatte, einen gewissen Teil ihrer Produktion für eigene Rechnung zu verkaufen, wenn die Steuern bezahlt würden. Die deutschen Industriellen hätten sich nicht endgültig über ihre Absichten, die Arbeit wieder aufzunehmen, ausgesprochen, aber man sei auf gutem Wege. — Der Sonderberichterstatter des „Journal des Debats“ bedeutet, daß Degoutte niemand um sich gehabt habe, als er drei Stunden mit den deutschen Industriellen verhandelt habe.

Vorkriegsarbeitszeit im Ruhrbergbau?

Montag morgen sind, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ meldet, in den Betrieben sämtlicher Zechenanlagen des Ruhrgebietes Anschläge des Zechenverbandes ausgehängt worden, durch die den Arbeitern mitgeteilt wird, daß von nun an die achtstündige Arbeitszeit im Bergbau wieder eingeführt wird. Genau wie im Frieden sollen die Ein- und Ausfahrzeiten nicht auf die Arbeitszeit angerechnet werden.

Der Vorstand und die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (Alter Bergarbeiterverband) geben dazu folgenden Aufruf bekannt: Die Bergbauunternehmer des Ruhrgebietes haben am 6. Oktober beschlossen, ohne Rücksicht auf Gesetz und Tarifvertrag, vom 9. Oktober ab im Ruhrbergbau die Vorkriegsarbeitszeit einzuführen. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß das übrige Deutschland dem Ruhrgebiet mit einer ähnlichen Arbeitszeit folgen soll. Wir haben sofort veranlaßt, daß alle in Frage kommenden Organisationen zu dem diktatorischen Anschlag dieser Unternehmerkreise Stellung nehmen. Einstweilen fordern wir: Niemand füge sich einem verurteilten Zwang zu längerer Schichtzeit. Gesetz und Tarifvertrag gelten noch! Arbeitet weiter wie bisher, aber nicht länger! Laßt euch von keiner Seite zu Unbesonnenheiten hinreißen! Wartet die Weisungen der Organisationen ab!

Anzeigen finden durch den „Wöchentlichen Anzeiger“ gute Verbreitung im Landkreis Weiskensfeld

Das Ermächtigungsgesetz vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat stimmte in seiner Vollziehung am Montag unter Leitung des Ministers des Innern Zolmann dem Ermächtigungsgesetz mit 46 gegen 17 Stimmen bei Stimmenthaltung Thüringens zu. Dagegen stimmten u. a. Bayern und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesetzentwurf ist damit vom Reichsrat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Nach dem Ermächtigungsgesetz kann die Regierung die Maßnahmen treffen, die sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf die Arbeitszeit und auf Einschränkung der Renten und Unterstützungen. Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und sind auf Verlangen des Reichstages aufzuheben.

Das Ermächtigungsgesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und wird außer Kraft gesetzt bei einer Aenderung des Kabinetts oder der parlamentarischen Grundlage des Kabinetts, spätestens jedoch am 31. März 1924.

Inland und Ausland.

Die sozialistisch-kommunistische Einigung in Sachsen vollzogen. Die angekündigte Einigung zwischen Sozialisten und Kommunisten ist nunmehr völlig zustande gekommen. Die Kommunisten werden Arbeits- und Kultusministerium belegen. Die kommunistische Sächsische Arbeiterzeitung bekräftigt dieses Ergebnis mit den Worten, daß der Eintritt der Kommunisten in die Regierungen von Sachsen und Thüringen der Luftakt zu geschlossener Aufnahme des Abwehrkampfes sei.

Verbot der Beförderung verbotener Druckschriften. Aus Gründen der öffentlichen Ordnung von den zuständigen Behörden verbotene Zeitungen und Zeitschriften u. a. dürfen auch zur Beförderung auf den Eisenbahnen unter keinen Umständen zugelassen werden. Die Dienststellen sind angewiesen, die Annahme verbotener Druckschriften zu verweigern und den zuständigen Polizeibehörden Mitteilung zu machen.

Auch die „Berliner Volkszeitung“ verboten. Die Berliner Volkszeitung ist vom Befehlshaber im Wehrkreis III bis zum 14. Oktober verboten worden, und zwar wegen ihrer Berichterstattung über die Vorgänge in Küstrin.

Der Haushaltsanschau des Reichstages genehmigte die Auszahlung der Feuerungszuschläge für die Beamten für das zweite Viertel des Monats Oktober.

Die „milde“ französische Justiz. Wie Havas berichtet, hat der Präsident der Republik Millerand am 4. Oktober die Todesstrafe, die am 29. 6. wegen angeblicher Sabotage gegen sieben Deutsche vom Kriegsgericht in Mainz verhängt wurde, in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

Erhöhung des Reichsbankzinsfußes.

Berlin, 8. Oktober.

Das Reichsbank-Direktorium teilt mit: Nachdem die Reichsbank ebenso wie die Privatnotenbanken durch das vom Reichstag am 28. v. M. verabschiedete Gesetz betreffend Aenderung des Bankgesetzes ermächtigt worden ist, mehrere Lombardzinsätze von verschiedener Höhe festzusetzen, haben wir den Zinsfuß für Papiermarktablehen, soweit solche überhaupt noch erteilt werden, mit Wirkung von heute an auf 108 Prozent jährlich erhöht.

Verlobung im ehemaligen sächsischen Königshause.

Budapest, 8. Oktober.

Erzherzog Joseph Franz, Sohn des Erzherzogs Joseph, hat sich mit der Prinzessin Anna von Sachsen, der Tochter des ehemaligen Königs Friedrich August, verlobt.

Das Programm des Reichsfinanzministers.

Alle Mann an Deck!

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther führte in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Königlichen Zeitung“ über die von ihm zu lösenden Aufgaben folgendes aus:

Die Regierung rechnet in ihrem Bestreben, das Wohl des gesamten Volkes über alle Sonderinteressen zu stellen, auf die Unterstützung aller sachverständigen Kreise. Im Vordergrund steht die Frage der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels.

Bei den Steuerfragen kommt es nicht nur darauf an, daß die Einnahmen des Reiches auf jeden Fall die Ausgaben decken müssen, sondern die Steuern müssen auch so sein, daß sie einfach zu verwalten sind, also geringe Unkosten hervorrufen und gerade dadurch in ihrer Notwendigkeit dem Steuerzahler voll verständlich werden können. Sehr wichtig ist ferner die Befestigung des jetzigen Zustandes, wonach Länder und Gemeinden fast nur noch als Kostgänger des Reiches leben. Dieser Umstand hat bei den Gemeinden ein wahres Zerbröckeln der Selbstverwaltung geschaffen.

Die Lage unserer Volkswirtschaft ist wie die eines Schiffes in schwerem Sturm. Die Lage des Kommando heißt: „Alle Mann an Deck!“, so muß jetzt das deutsche Volk seine ganzen Körperlichen und geistigen Kräfte anspannen, damit auf der ganzen Linie des Wirtschaftslebens mehr produziert wird.

Französische Stimmen zur Stresemann-Rede.

Die französische Presse stellt umfangreiche Betrachtungen über die Umbildung des Kabinetts Stresemann und die letzte Reichstags-Sitzung an. Sehr oft laufen die Betrachtungen der Blätter zusammen mit einer Kritik der letzten Curzon-Rede und mit einer Würdigung der in Düsseldorf stattgehabten Unterredung deutscher Industrieller mit General Degoutte. „Matin“ schreibt: Es springt in die Augen, daß die elementare Klugheit nunmehr ganz Deutschland anempfiehlt, sich wie Stinnes, Krupp, Bögeler und Altkamer mit den Tatsachen abzufinden. Der Reichszähler scheint begriffen zu haben, daß man jetzt zwischen der Reparationszahlung und der Auflösung Deutschlands wählen müsse.

Wie stehen die Preise?

Alle Ziffern in Millionen.

Dollar amtlich (8. Oktober)	838
1 Goldmark	198,5
Goldzollaufgeld	6 690
Landabgabe-Goldmark (6.-9. Okt.)	66,9
Reichsrichtzahl (Lebenshaltungsindex)	40,4
(Steigerung gegen Vorwoche 44,3%)	
1 Zentner Roggen (amtlich)	990
1 Zentner Kartoffeln	190
Großhandelsindex (Sticht. 2. Okt.)	84,5
(Steigerung geg. Vorwoche 133,2%)	
Eisenbahnschlüsselzahl Pers.-Verk.	36
ab 10. Okt.	60
do. I. Güter-Verk.	36
ab 18. Okt.	72
Fernbrief bzw. Postkarte	2 bzw. 0,8
Aerzeindex	50
Buchhandelsschlüssel	100
Buchdruckerschlüsselzahl	3,6
Anzeigenschlüssel	0,1

Tägliches Geld (geg. Eff.)	3-4 % pro Tag.
Goldankaufpreis	640 Dollar pr. 100
Silberankaufpreis	das 15 Mill. d. Nennw.

Heu und Stroh. Bericht der Preisnotierungs-Kommission für Rausfutter (nichtamtlich). Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Millionen Mark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 56-58, desgl. Haferstroh 52-58, desgl. Gerstenstroh 51-52, Roggenlangstroh 30-32, bindabengepr. Roggen- und Weizenstroh 28-30, Häckel 78-79, handelsübliches Heu 45-50, gutes Heu 52-56.

Butterpreise. Die Berliner Butternotierungs-Kommissionierte für Putzer Ia Qualität, wobei Frucht und Gebinde gekauft haben, 200 Mark M.

Die ausländischen Zahlungsmittel hatten am letzten Wochen- schluß eine ganz außerordentlich starke Kurssteigerung erfahren, die sich jedoch trotz der schwachen Haltung New Yorks für die Reichsmark heute nicht in dem erwarteten Umfange fortsetzte. In den Vormittagsstunden wurden Dollarnoten mit 840 Mill. Mark und das englische Pfund mit 3700 Mill. M. genannt. Zu Beginn der Börse stellte sich eine mäßige Abschwächung ein, die den Preisstand der Dollarnoten bis auf 815 Mill. M. zurückziehen ließ, doch war diese Abschwächung nur von kurzer Dauer; denn schon kurz vor der amtlichen Kursfeststellung erreichten Dollarnoten einen Stand von 900 Mill. M. Da die Fixierung auf Dollarnoten etwas reichlicher, wie ursprünglich angenommen, ausfiel, senkte sich die amtliche Notiz dann wieder auf 838 Mill. M. was dem Stande einer Goldmark von 199 523 809 M. M. entspricht.

Amliche Devisen-Notierung:

Devisen	Vorkriegs-Parität	8. Oktober		5. Oktober	
		Geld	Brief	Geld	Brief
Dollar	4.20	385905000	840 96000	588500000	601500000
Engl. Pfund	20.00	379050000	380950000	272317600	273882500
Holl. Gulden	1.67	329176000	330825000	235410000	236590000
Dän. Krone	1.12	148627500	149372500	110573500	110862500
Schwed. Kr.	1.12	321445000	322555000	158602500	159397500
Italien. Lire	0.80	375060000	376940000	267330000	268370000
Schweiz. Fr.	0.80	149825000	150875000	107121600	107688500
Frank. Fr.	0.80	498750000	501250000	353115000	354885000
Deut. Fr.	0.80	418950000	421050000	297255000	298745000
Österr. Kr.	0.80	247380000	248620000	177555000	178445000
Span. Pesta	0.80	1127175000	113925000	807975000	812025000

Rußdevisen: Diskont 3 780 000 G, 3 820 000 B, Royal 2 408 000 G, 2 432 000 B, Rattomik 678 G, 692 B, Rötter: Polen 647 G, 673 B, Letten 1 135 000 G, 3 265 000 B, Esten 1 300 000 G, 2 400 000 B, Lit. 76 000 000 G, 79 000 000 B.

Die amtlich notierten Preise pro 50 Kilogramm ab Station. Weizen in Millionen Mark: Weizen, märkischer 1040 bis 1060, Schleif. 1020—1040, Fests. Roggen, märkischer 970—990, Schleif. 970—990, Fests. Sommergerste 950—1025, Fests. Hafer, märkischer 350—375, behauptet. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 4000—4400, Fests. (Feinste Marken über Notiz), Fests. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 3800—4100, Fests. Weizenmehl frei Berlin 450—475, Fests. Roggenmehl frei Berlin 450—475, Steing. Raps 1500—1800, Steing. Bitoriaerbsen 3000—3500, Kleine Erbsen 2250—2750, Futtererbsen 1500, Pelfuchen 800—1000, Rapakuchen 675—700, Kartoffelkuchen 875—900.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leuchern, den 9. Oktober 1923.

Was Ende des Markenbrots.

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt:

Die Beschlüsse des Reichsrats zu dem Entwurf über die Brotversorgung werden in der Öffentlichkeit zum Teil dahin gedeutet, als ob die Brotversorgung auf Marken über den 15. Oktober hinaus nun doch wieder eingeführt werden solle. Diese Auffassung entspricht nicht den Tatsachen. Nach dem Entwurf der Regierung und den zu ihm gefaßten Beschlüssen des Reichsrats bleibt es dabei, daß die Markenbrotversorgung am 15. Oktober ihr Ende findet.

Damit es jedoch nicht zu Störungen in der Brotversorgung der Bevölkerung kommt, gibt der Entwurf, wie er von der Reichsregierung vorgelegt und vom Reichsrat angenommen worden ist, die Möglichkeit, daß die Reichsregierung, falls in die Kommunalverbände, in denen etwa Schwierigkeiten auftauchen könnten, auf Antrag des Kommunalverbandes bis zu 150 Gramm Wehl täglich für den Kopf der bisher versorgungsberechtigten Bevölkerung hinaus liefert. Dem Kommunalverband wird die Möglichkeit geboten, den Absatz dieses Getreides und des daraus gemahlten Mehles zu überweisen.

Wenn man keine Zeitung liest. In letzter Zeit ist, so schreibt man aus Rudolstadt, zahlreichen Bewohnern, namentlich vom Lande, erheblicher Schaden dadurch entstanden, daß sie — keine Zeitung lesen. Sie hatten dadurch über die neuen Steuergesetze keine Kenntnis erlangt und Einkommensteuervorauszahlungen Rhein-Ruhr-Abgabe, Landabgabe usw. zu spät entrichtet. Dies hatte zur Folge, daß sie ganz erhebliche Verzugszuschläge von 400, 800 Prozent usw. von den zu entrichtenden Steuern an das Finanzamt bezahlen mußten.

Weizenkrisis. Ein großer Brand ist gestern abend wieder in einem Teile des Oprechtigen Stadtgutes ausgebrochen. Verbraucht sind große Getreide- und Erbsensamen,

während die Schafe gerettet werden konnten und in der Färberei Rogosch untergebracht wurden. Wohnhaus, Wirtschaftsgelände und Schafstall wurden gerettet. Der enorme Schaden ist glücklicherweise durch eine in den letzten Tagen auf Dollarbasis erneuerte Versicherung gedeckt. Es liegt unzweifelhaft Brandstiftung vor, vermutlich von denselben Brandstiftern, die den letzten Brand verursachten. Als die Dietrichsche Papierfabrik das dreimalige Strengefeuer erlitten ließ, bemächtigte sich der Einwohner in der Neustadt eine begriffliche Erregung, da man vielfach annahm, daß in der Papierfabrik wieder Feuer ausgebrochen sei.

Zeit. Eine Kindesleiche männlichen Geschlechts wurde an der Auebrücke von spielenden Kindern in leichtem Wasser aufgefunden. Die Leiche war in eine schwarze Kinderschürze eingewickelt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Begau. Der Gutbesitzer Oskar Eugen Gensich in Begau bei Pegau hatte beim Verlaufe von drei Schweinen im Februar den gesetzlich vorgeschriebenen Stallabschlag (auf die Preise nicht in Abzug gebracht). Das Wuchergericht erkannte gegen ihn auf zwei Wochen Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe. Der Ubergewinn wurde mit einer Milliarde Mark eingezogen.

Böbzig. Zum Pfarrer in Böbzig wurde Pastor Debitich berufen und bestätigt.

Apolda. Einer der geachteten Bürger Apoldas, der Kohlenhändler Bernhard Wenzel, ist freiwillig aus dem Leben geschieden, weil er glaube, seinen feuerlichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen zu können.

Salzwedel. Ein Radfahrer wurde kürzlich in der Burgstraße angehalten, weil er entgegen den polizeilichen Vorschriften dort radelte. Da er hierfür ein Strafmandat von 500 000 Mark erhielt, wollte er der Polizei einen Schabernack spielen und sammelte in seinem Orte alle erreichbaren Ein-, Zwei- und Fünfmarschheine, verpackte sie in einem Karton und überreichte sie so der Polizei. Diese nahm die Papiermenge und trug sie zum Althändler, der ihr dafür den Altpapierpreis von 13 Millionen Mark zahlte.

Bitus Thavons Abenteuer.

Roman von Ernst Klein

Copyright by August Scherl G. m. b. H., Berlin 1923.

W. Dreyer. (Nachdruck verboten.)

Bitus wollte das genau so wie er, und er machte sich daran den Schulmeister in Jaticani auszufragen. Der Herr war eines der unsympathischsten Exemplare der ganzen Spezies, mit denen Bitus je zu tun gehabt hatte. Körperlichen Geistes hatte er ihm gegenüber ein, und er hätte es vorgezogen, ihm ein paar festliche Hiebe mit der Reitpeitsche über den ewig gekrümmten Rücken zu geben, statt sich mit ihm an einen Tisch zu setzen.

Er kauften Salomon, einen feinen Fuchs zu kaufen, gut gelegene Oliven sowie mehrere Flaschen Bitter-Vino — die größte Delikatesse in diesen von antiken Erinnerungen geprägten Ortschaften — zu besorgen und lud den Herrn Lehrer zu diesem Dinner, mahlt ein. Der war riesig geschmeichelt, daß den ganzen Fuchs — ohne sich den Gemüts durch allzu reichlichen Gebrauch von Wasser und Sabel zu komplizieren — ließ das ganze Bier und ergriff Bitus zum Danke dafür eine Gabel. Als die ihn dabei am Weihen sämtliche Bierflaschen über den Schüssel geschlagen hätte.

Den Professor gefangen, entführt! Na ja, er konnte sich vorstellen, wer hinter der ganzen Sache steckte. Der Herr wird kommen. Die Türken — niemand anders hat den unglücklichen Professor entführt. Und warum? Das sei doch klar. Um die armen Griechen, die Märtyrer der Freiheit und der Kultur, in den Augen der Welt herabzusetzen. Die Griechen kämpfen wohl für Unabhängigkeit und für die Rechte ihrer Nation, aber sie kämpfen nur auf edle, ritterliche Weise. Doch die Türken! Was könnte man Besseres von ihnen erwarten als Greuelthaten, Vergewaltigungen und Lügen!

Damit war die Geschichte zu Ende. Und das Bier auch. Aus purer Neugier ging Bitus diesen Vertreter des griechischen Volkes noch einmal an. Er bekam dieselbe Geschichte vorgelegt — nur mit einigen kleinen Varianten ausgeschmückt. Dann gab er es auf.

Damit bei und seine Leute führen überaus in der Beschäftigung fort, das ganze Gebiet durchzuziehen und die armen Leute aus Ruinen zu bauen. Ein paar Kopfen stecken sie ins Wasser, und dann ist es mit dem „Bitter“ und haben sie mit

langen Weges gehen lassen, da aus ihnen nichts herauszubringen war. Eine Woche verging. Eine zweite. Keine Nachricht von den Banditen. Kein Lebenszeichen von Professor Martius.

Solche Entführungen waren ja nichts Neues auf dem Balkan. In aller Erinnerung war noch die der Amerikanerin Miss Smith durch bulgarische Komitassen. Während die bulgarische Regierung die Versteigerung des Rhodopegebirges auf ihre Spigen stellte, um die Geraubte zu finden, saßen die Häupter der Räuber im vornehmen Unionklub zu Sofia und spielten mit den Diplomaten Widge und Boler. Miss Smith konnte alle acht Tage Nachrichten geben, daß sie gut behandelt werde und sich wohl befinde. Als die Besuche beendigt war, gab man sie prompt heraus, und die Affäre war zur Zufriedenheit aller dabei Beteiligten erledigt.

Anderer hier. Was bedeutete das absolute Stillschweigen der Entführer? Satten sie es nicht so eilig, zu ihrem wohlverdienten Gelde zu kommen? Oder war die Verschleppung des Professors nur die Einleitung zu einer größeren Aktion?

Bitus dachte an die Warnung der schönen Frau zu Saloniki. An ihre leidenschaftliche Bitte, sich nicht in Gefahr zu begeben. Pah! — hatten die Antares den armen Professor nur gefangen, um ausgerechnet ihn, Herrn Bitus Thavon, in ihre Fänge zu bekommen? Bitus beschwor, unter uns, eine ausgiebige Portion Selbstbewußtsein und Arroganz — doch so weit verlegte er sich nicht.

Aber dann die Warnung? Vielleicht war der Gedanke, ihn mit dazu auszuheben, in das Programm der Räuber erst aufgenommen worden, als sie ihn in Saloniki aufstauen sahen. Das war plausibel. Schließlich war er, Bitus Thavon von der „Welt“, auch kein zu verachtender Bissen. Das Blatt war reich, sehr reich. Es mußte und würde bezahlt, um seinen berühmtesten Mitarbeiter freizubringen. Bitus lächelte selbstgefällig. Er konnte seinen Wert.

Da — ein Gedanke, der ihm bis jetzt nie gekommen war! Wie war es möglich, daß die schöne, zarte, elegante Madame Kymatis irgend etwas um diese finsternen Pläne wissen konnte? Und sie mußte wissen. Umsonst hatte sie nicht so gesprochen!

Ah was — hol's der Teufel. Bitus schob mit jähem Ruch alles aus dieser Gedankenreihe heraus, was Kopferbrechen machte, die Banditen, Professor Martius, den Schulmeister, Hamid — nichts blieb übrig als das schöne Weib.

Der „Fuchs“ des alten Fuchs hatte bei Gott absolut kein Talent zur Sentimentalität. Aber dort in dem einsamen, langgestreckten Raum, den er so zu schätzen. An sah Abend die

Abend unter den Platanen, scharte mit verlorenem Blick in die dunkelnden Berge und begann von Irene Kymatis zu träumen. Irene die schöne, die weiche, zärtliche Irene!

Heute noch dachte er mit tiefstem Bedauern daran, daß sie seinem Ruffe ausgewichen war, Sünde? Nur deshalb?

Er lachte. An die Angst vor der Sünde glaubte er nicht. Die Sache hing damit an, daß Herr Bitus Thavon überhaupt ganz andere Vorstellungen von dem Begriff der Sünde hatte. Seine Auffassung nach wäre es Sünde gewesen, in solcher Situation ein so schönes Weib nicht zu küssen. Wozu war sie denn dann gekommen? Nur in der menschenfreundlichen Absicht, ihn vor dem Lügen und Hinterhalten des geheimnisvollen Herrn „Man“ zu warnen?

Elena's Bild hing da in ihm auf. Elena, die gleichfalls schön, aber die wilde, spöttische Elena. Ihr Lachen sah er, ihr niederträchtiges, spöttisches Lachen. Die hätte den Kopf zurückbiegen können, soweit sie wollte — die hätte er doch geküßt. Wenn's sein mußte — mit Gewalt. Und wenn sie ihm nachher auch mit allen zehn Fingern in die Augen fuhr. Injuriert!

Aber Irene —! Das war keine Frau, die man ungut oder gegen ihren Willen anfaßt. Selbst der leichtfertigste, rüchteste Weltverächter hätte nicht die Absicht, sie zu verletzen.

Und dann! War sie nicht gekommen trotz der juchzenden Gefahr, der sie sich ausoekete? Hatte sie ihn nicht flehentlich gebeten, ihre Warnung zu hören? War das nicht ein Band, das ihn an sie fesselte? Wogt eine Frau so viel für einen Mann, den ihr gleichgültig ist?

Ah! Irene — Irene! Die schöne, die weiche, zärtliche und mutige Irene.

Bitus schwürte, phantasierte und malte sich verführerische Bilder aus. So sehr kann das nächstversteckteste Leben einen Mann verwickeln und auf Abwege bringen! Verdammte noch einmal!

Zum Glück präferierte sich Salomon eines Abends mitten hinein in die schönste Schwärmeri. Salomon und poetische Schwärmeri waren zwei Dinge, die absolut nicht zusammenpaßten. Raum sah Bitus seinen getreuen Spaniofen, so war er schon mit beiden Füßen fest auf der nächsternen Erde.

„Was ist los?“

Salomon machte ein geheimnisvolles Gesicht und sagte ihm, daß er auf die wacklige Steinbank.

Mus aller Welt.

Besondere Verabredung für Kartoffeln, die ins besetzte Gebiet gehen. Zur Sicherung der Kartoffelversorgung für das besetzte Gebiet wird mitgeteilt: Die Güterwagen mit Kartoffeln, die in das besetzte Gebiet hineinfließen, werden durch den französischen Zoll einer Beschau unterworfen. Zu dem Zweck werden die Wagentüren geöffnet. Es ist deshalb erforderlich, daß die Kartoffeln gegen Herausfallen beim Öffnen der Türen gesichert werden. Die Eisenbahndienststellen sind streng angewiesen, Kartoffelbefragungen nach dem besetzten Gebiet nur anzunehmen, wenn vor beiden Wagentüren Borfabrikette angebracht oder gefüllte Kartoffelsäcke gut gelagert werden. Da der französische Zoll alle Sendungen zurückweist, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, hängt die Kartoffelversorgung des besetzten Gebietes von der gewissenhaften Erfüllung dieser Bedingungen ab. Es ergeht daher an die Kartoffelversender die dringende Bitte, unbedingt hierauf zu verfahren, damit die Bevölkerung des besetzten Gebietes vor Kartoffelnot geschützt wird.

Lloyd George als Ehrenindianer. Auf seiner amerikanischen Tournee ist Lloyd George eine ganz besondere Ehrung widerfahren. Der Stamm der Sioux hat den großen Politiker zu seinem Ehrenmitglied ernannt. Wenn Lloyd George am 15. Oktober in Minneapolis eintrifft, wird eine Deputation dieses Stammes ihm ein Ehrendiplom überreichen, in dem bestätigt wird, daß er zum „Indianer h. c.“ ernannt ist.

Das Land des Fleischüberflusses. Während in Deutschland die Fleischpreise eine fabelhafte Höhe erreicht haben, können die Viehzüchter Nordaustraliens ihr Schlachtvieh kaum an den Mann bringen. In Nordaustralien hat ein Viehzüchter Rinder zu 5 Schilling per Stück zum Verkauf. In Mittelastralien erhielt ein Landwirt für eine Herde von 900 Rindern, über drei Jahre alt und gemästet, 9 Schillinge per Rind. Rülhe mit einem Kalb werden dort für 10 Schillinge verkauft. In einigen Gegenden gibt man sogar die Kälber umsonst zu. Die Rindviehpreise sind so niedrig, daß Viehzüchter ihre Farmen und ihr Vieh verlassen, um in den Städten Arbeit zu suchen.

Ein sozialistisches „Toll“-Drama. Das Schauspielhaus in Zürich hat gleich zu Beginn der Spielzeit eine Uraufführung herausgebracht. „Ein neues Tellenspiel“ des in der Schweiz bekannten Dialektdichters Jakob Böhler versucht einen sozialistisch-weltbürgerlichen Tell glaubhaft zu machen, der schärfer als die politische Unfreiheit die soziale Ungleichheit zwischen dem armen Wildhauer und dem reichen Großbauer, den hier Stauffacher verkörpert, empfindet, der die Gewalt verschmäht und den Gegner nur durch die Kraft des Herzens bezwingen will. Der Bandvogt Gessler erscheint als ein vom Leben hart angefaßter Steptler, der sich mit Tell im Haß gegen die Besitzenden zusammenschließt. Trotzdem zwingt er in trunkenem Uebermut Tell zum Apfelschuß und stirbt durch seine Hand. In dem Mord, der hier lebendig als persönlicher Rachakt Tells erscheint, den er sofort bereut und den Gessler verzeiht, geht Tell zugrunde.

In dem Endspiel um die deutsche Handballmeisterschaft, das Sonntag in der Sportkampfbahn in Köln vor etwa 10 000 Zuschauern zwischen der Turngesellschaft-Stuttgart und Turn-Völsfeldorf ausgetragen wurde, wurde Turu mit 8:1 (Halbzeit 1:1) deutscher Meister.

Änderungen

in der Beitragsleistung zur Invalidenversicherung, gültig vom 1. Oktober 1923 an.

Vom 1. Oktober 1923 an kommen die jetzt gültigen Lohnklassen 24, 29, 37, 38 und 39 in Fortfall. In Lohnklasse 36 (Wochenbeitrag 140 000) können von da an versichert werden: Personen unter 18 Jahren, Beihilfe und überwiegend in der Haushaltung beschäftigte Hausgehilfinnen (weibliche Diensthöten), sofern ihr Arbeitsverdienst 36 000 000 M. monatlich nicht übersteigt. Im übrigen müssen versichert werden:

Lohnklasse	Jahresarbeitsverdienst in M. (Millionen)	Wochenbeitrag in M.	Personen, die nur Barlohn erhalten und zwar		
			täglich	wöchentlich	monatlich (in Millionen) M.
40	bis 1800	570.000	bis 5 Millionen	bis 35 000 000	bis 150
41	von mehr als 1800—2400	740.000	von mehr als 5 Millionen bis 6 660 000	von mehr als 35 000 000—46 662 000	von mehr als 180—200
42	von mehr als 2400—3600	1.060.000	von mehr als 6 660 000—10 Millionen	von mehr als 46 662 000—70 Millionen	von mehr als 200—300
43	von mehr als 3600—4800	1.480.000	von mehr als 10 Millionen—13 330 000	von mehr als 70 Millionen bis 93 331 000	von mehr als 300—400
44	von mehr als 4800—6000	1.900.000	von mehr als 13 330 000—16 666 000	von mehr als 93 331 000—116 662 000	von mehr als 400—500
45	von mehr als 6000—8400	2.500.000	von mehr als 16 666 000—23 333 000	von mehr als 116 662 000—163 331 000	von mehr als 500—700
46	von mehr als 8400—12000	3.600.000	von mehr als 23 333 000—33 333 000	von mehr als 163 331 000—233 331 000	von mehr als 700—1000
47	von mehr als 12000—18000	5.200.000	von mehr als 33 333 000—50 Millionen	von mehr als 233 331 000—350 Millionen	von mehr als 1000—1500
48	von mehr als 18000—24000	7.400.000	von mehr als 50 Millionen—66 660 000	von mehr als 350 Millionen—466 620 000	von mehr als 1500—2000
49	von mehr als 24000—30000	9.400.000	von mehr als 66 660 000—83 333 000	von mehr als 466 620 000—583 331 000	von mehr als 2000—2500
50	von mehr als 30000	11.600.000	von mehr als 83 333 000	von mehr als 583 331 000	von mehr als 2500

Der Wert etwaiger Sachbezüge ist dem Barlohn zuzurechnen. Er beträgt für freien Unterhalt seit 10. September 1923: für Beihilfene, Diensthöten monatlich 28 800 000 M., jährlich 345 600 000 M. für Gesellen, Knecht monatlich 38 400 000 M., jährlich 460 800 000 M. Merseburg, den 25. September 1923.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt S. B. M & U.

Amfliche Bekanntmachung

Der Goldumrechnungssatz für die Landabgabe beträgt vom 10. bis 12. Oktober einschl. 137 000 000.

Finanzamt.

Alle Papiere

für Büro, Geschäft und Privat

wie Dachpapiere, Schreibmaschinenpapiere, Umschläge, Kanzleipapiere usw.

Liefert täglich auch in tausend Vogen

Papierhdl. B. Lieferenz.

Drucksachen

aller Art

im einfachen sowie im Farbendruck

fertigt an

Buchdruckerei Otto Lieferenz, Leuchern.

Von Sonnabend zum Sonntag ist ein **goldener Damenring** von Krauschwig nach Leuchern verloren worden. Gegen gute Belohnung **Setzerstr. 11** abzugeben.

Gebräuchte, guterhaltene **Ziehharmonika**

zu kaufen gesucht. Zu erfragen in **Bertholds Restaurant.**

Ein ordentliches **Mädchen**

von 16—18 Jahren in die Landwirtschaft sofort gesucht

Randol, Schortau.

Einige Fahren guten **Dünger**

sind zu verkaufen, nehme Kartoffeln oder Getreide in Zahlung. **Albert Weber, Gröden 59.**

Rechnungen, Quittungen,

zu haben bei **B. Lieferenz, Papierhandl.**

Änderung des § 3. der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Besteuerung der Betriebe.

Nach der neuen Fassung des § 3 ist für die Frage der Nichterhebung von Kleinbeträgen jeweils die Höhe der Briefgebühr in der Mitte des Zeitraums, für den die Abführung der Abbeiträge erfolgt, maßgebend. Am 25. September 1923 werden also z. B. Abgabebeträge nicht erhoben, wenn sie nicht mehr als das Zweihundertfache der am 15. September 1923 in Geltung gewesene Inlandsfernbriefgebühr, also den Betrag von $200 \times 75 000 = 15 000 000$ M. nicht übersteigen.

Diese Änderung findet erstmalig auf die am 25. September 1923 fällige Abgabe Anwendung.

Weißensfeld, den 5. Oktober 1923. **Finanzamt.**



Ein Pferd

braune Stute, mittler Schlag

3/4 jährig, verkauft gegen Höchstgebot

Franz Poser, Oberwerschen.

Achtung!



Von jetzt ab schlachte ich selbst und empfehle



Ia. Rostfleisch und Würstwaren

Mittwoch: Frische Wurst.

R. B. Ich kaufe Schlachtpferde zum Tagespreise und führe Rostschlachungen zu jeder Tages- und Nachtzeit aus.

Otto Kurze, Leuchern,

Reiherstr. 24a.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Tode unserer lieben Entschlafenen sprechen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen

Otto Keil und Kinder.

Bonau, den 6. Okt. 1923.

Wöchentliches Anzeiger

für Leuchern u. Umgegend. Amtliches Organ des Amtsgerichts, Magistrats u. der Polizeiverwaltung zu Leuchern.

Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Korpuszeile 5 Pfg., im amtlichen Teil 15 Pfg., Neblamezeile 10 Pfg. — Vorkaufende Friedenspreise werden multipliziert mit der jeweiligen Buchhändler-Schlüsselzahl erhoben. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeigerstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Erhalten wöchentlich dreimal, und zwar Montag, Mittwoch u. Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag. Höhere Gewalt entbindet von Lieferung, Nachlieferung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.



Bezugspreis bis 18. Okt.: durch unsere Geschäftsstelle M. 14 800 000, von unseren Boten ins Haus gebracht M. 15000 000, bei den Postanstalten M. 15 000 000 ohne Zustellung, Einzelnummer M. 3000 000. Zeitungsbestellungen werden außer in der Geschäftsstelle, Zeigerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen. Fernsprecher Nr. 339. — Postcheckkonto Leipzig Nr. 34 618. — Bankkonto: Gewerbebank Leuchern und Stadt-Strasse Leuchern.

Verbreitungsbezirk: Leuchern, Gröben, Runtal, Ruhndorf, Ober- u. Unterwieschen, Trebnitz, Deuben, Wildschütz, Rudenau, Schortau, Schellau, Ragitz, Bonau, Ober-

und Unterlata, Kröfzlin, Neußen, Jachendorf, Krauschwitz, Köstplatz, Ritz Ober- und Unteressa, Köfzlin, Bernsdorf, Dippelndorf, Zemböhen und Pri-

Dienstag, den 9. Oktober 1923.

No 119

62. Jahrgang

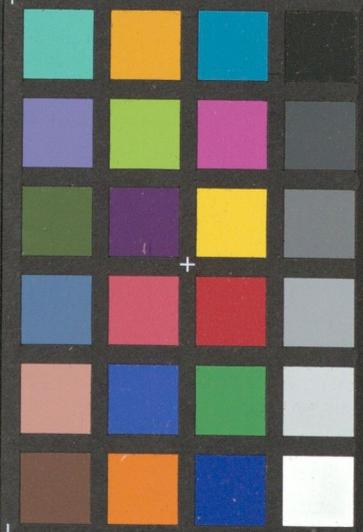
Das Wichtigste.

- Der Reichsrat hat dem Ermächtigungsgesetz mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zugestimmt.
- In die sächsische Regierung treten zwei Kommunisten ein.
- Der Gewerksverband des Ruhrgebietes hat die achtstündige Arbeitszeit im Ruhrbergbau eingeführt.
- Sächsische Truppen haben in Konstantinopel feierlich Einzug gehalten.

Parlamentarismus und Verfassung.

In seiner von Verechtheit getragenen Sonnabendrede hat der Reichskanzler Dr. Stresemann einige Punkte unserer

xrite colorchecker CLASSIC



erleichtert, aber nur einigermassen. Stellen sich Meinungsverschiedenheiten heraus, und es geht hart auf hart, damit in

die Große Koalition wiederum gefährdet, und die Vorgänge der ersten Oktoberwoche erfahren unerschütterliche Urständ. Deshalb wollen ihr Schwarzfahren auch nur Kurzlebigkeit zubilligen, und weil des Kanzlers Konto mit dem von der Sozialdemokratie schwer zu verschmerzenden Verlust Hilferdings belastet erscheint, ist diese Ansicht nicht ganz von der Hand zu weisen.

Alles in allem genommen hat der neudeutsche Parlamentarismus die Probe seiner Leistungsfähigkeit recht unbefriedigend bestanden, und das mag u. a. die Wahlenwahl verschuldet haben, die einerseits den Vorzug besitz, auch Minderheiten zum Wort zu verstaten, andererseits die lebendige Fühlungnahme zwischen Wählern und Gewählten uneträglich erschwert, so daß der Urne oft nur einer kern Jentrale bekannte Größen entsteigen. Auch bietet der Wegfall von Nachwahlen den Parteien, daß ein seit der Hauptwahl eingetretener Stimmungswandel der Wählersehaft nicht mehr zum Ausdruck gelangen kann, ein dem Wesen des Parlamentarismus als einem Spiegelbild der Volksmeinung abträglicher Umstand. Wenn hier der Hebel zu Reformen angelegt würde, könnte dies das Ansehen der Volksvertretung nur fördern. Es handelte sich dabei nicht um Aenderung von Verfassungsgrundsätzen, sondern von Formen, allerdings nicht nebensächlicher Art.

Um mehr als um Form geht es bei dem vom Reichskanzler verkündigten Plan, die einzelnen Länder finanziell wieder selbständiger zu stellen, d. h. die Verfassung soll einer grundlegenden Aenderung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Kommunen unterzogen werden. Was frühere Finanzpolitiker, wie z. B. Erzberger, durch Verminderung der Verantwortlichkeit der Länder für ihre eigenen Ausgaben gelündigt haben, bis der Finanzwettbewerb alle Grenzen überstieg, soll einer Revision teilhaftig werden, um das Reich auf seine eigenen Ausgaben beschränken zu können. Was die Kommunen unter der heutigen Steuergesetzgebung, die sie zu Kostgängern des Reiches machte, geklitten haben, weiß jedes Klub in Stadt und Land, und für die Neueinrichtung der Abgabenverwaltung der Länder wird Artikel 84 der Verfassung aufs Korn genommen werden müssen. Es hat lange genug gedauert, bis die Reichsregierung erkannt hat, daß die Reichsverdroffenheit einen bedrohlichen Umfang erreicht hat; mit Gesetzeslickarbeit war ihr nicht mehr beizukommen; die Zeichen, daß der Paragrafenkrieg das Auseinanderstreben der Länder nicht verhindern konnte, mehrten sich in bedenklicher Weise, und so mußte man sich zu einer Verfassungsänderung in großem Stil entschließen. Dabei ist in den Kauf zu nehmen, daß sich partikuläristische und föderalistische Neigungen regen könnten. Sie wären als Reaktion gegen den Verlust jener Selbständigkeit einzuschätzen, die von der Bismarckschen Verfassung den ehemaligen Bundesstaaten gewährleistet war. Da indessen die Reichssteuer der Länder bisher allen Ansprüchen widerstanden hat, wird die Vermehrung der Befugnisse auf dem Gebiet der finanziellen Selbstverwaltung kein Unheil anrichten,

und wenn es der Sozialdemokratie ernstlich ist, der Reichsfinanznot einen Riegel vorzuwerfen, auch dem von ihr verkehrten Bayern die seiner Finanzgebarung nicht verweigern dürfen Thüringen genießen soll. Das kann sich bewerkstelligen, als einer aus ihrem Lager, der Minister Hilferding, wie der Kanzler hat einlegen lassen, die Anregung zu dieser Finanzreform gegeben hat; augenscheinlich „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“. Und diese Not ist auch die Dominante der Verhandlungen die von den Parteien über die Erklärung der Reichsregierung geführt werden.

Sitzungsbericht des Reichstages.

Der Reichstag trat am Montag mittag zur Besprechung der Regierungserklärung zusammen. Als erster Redner wies Abg. Dr. Breitfeld (Sog.) darauf hin, daß die Krise der letzten Woche völlig überraschend gekommen sei. Noch niemals sei das Parlament in einer so unverantwortlichen Weise mit einer Krise überfallen worden. Die Urheber dieses Vorstoßes müßten noch festgestellt werden. Wir stehen diesem Kabinett mit ganz anderen Empfindungen gegenüber als vor einer Woche. Wir billigen die Aufgabe des passiven Widerstandes, weil er finanziell nicht mehr zu tragen war. Das Kabinett Cuno trifft den schweren Vorwurf, daß es das deutsche Volk über die Tatsachen im Dunkeln gehalten hat. Die Regierung Cuno hat auf den Heben Gott und England gepofft und die Hände in den Schoß gelegt. Die aus der Staatskasse überdiesenen Mittel wurden von gewissen Kreisen zum Kampf gegen das deutsche Volk und die deutsche Währung verwendet (Unruhe rechts. Zuruf des Abg. Dr. Helfferich: Namen und Beweise!) Dieselben Kreise hätten vorher zur Sabotage der neuen Steuern aufgerufen. Die Deutschnationalen seien immer nur bereit gewesen, die Opfer der anderen zu bringen.

Von deutschnationaler Seite wird der Bruch mit Frankreich mit allen Konsequenzen verlangt. Welches sind die Konsequenzen? Sie (nach rechts) sollten offen sagen: Krieg mit Frankreich. Bestenfalls würde es sich um einen heroischen Wahnsinn handeln. Wir erklären gegenüber den Plänen Poincarés mit aller Schärfe, daß die Rheinlande deutsches Land sind und deutsches Land bleiben müssen. (Beifall.) Der Redner wendet sich dann gegen die vom Reichswehrminister aus Anlaß des Kistner-Buches verhängte Pressensur. In Bayern ist einstweilen der schwarz-weiß-rote Teufel durch den weiß-blauen Beelzebub ausgetrieben worden. Hitler und Hahr sind gefährliche Feinde der Republik. Die bayerischen Ausnahmeverordnungen haben einen skandalösen, völlig uneträchtlichen Zustand geschaffen, der nicht nur von den Kommunisten, sondern von allen, die auf dem Boden der Republik stehen, bekämpft werden muß. Die Frage Reich und Bayern ist eine Machfrage. Die Regierung darf dem unvermeidlichen Konflikt nicht ausweichen. Der Redner verteidigt das Parlament gegen den Vorwurf, daß es zu wenig praktische Arbeit leiste. Zu empfehlen sei nicht eine Diktatur eines einzelnen Mannes, sondern lieber eine Diktatur des